
LISA RETTL

ERINNERUNGSKULTUR IM BURGENLAND

Tendenzen und aktuelle Entwicklungen

Aus: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Jahrbuch 2006, Wien 2006

„Das Burgenland ist anders“ — so beginnt der Klappentext einer 1989 herausgegebenen Publikation zu Identität und Lebenswelt des Burgenlandes,¹ und tatsächlich gibt es einige signifikante Facetten, die das Burgenland von anderen Bundesländern unterscheiden. Als wesentlichstes Merkmal des „Anders-Seins“ lokalisieren die AutorInnen des Bandes vor allem eine Differenz in der Ausprägung des Landesbewusstseins gegenüber anderen Bundesländern, wobei die Ansicht vertreten wird, dass es noch kein „festgeschriebenes, kein dogmatisiertes ‚Landesbewusstsein‘“ gebe, vielmehr seien es die verschiedenen Gruppen- und Sonderidentitäten (immer noch stark geprägt durch religiös-konfessionelle Identitätskonstruktionen), die das burgenländische Selbstverständnis prägen.²

Als wesentlichste Ursache dafür wird u. a. die späte Angliederung an Österreich gesehen — erst 1921 fiel das ethnisch pluralistische, gemischt-sprachige und feudal-herrschaftlich geprägte westungarische Gebiet an Österreich und bildete nun innerhalb der Landesgrenzen der noch jungen österreichischen Republik so etwas wie einen „multikulturellen Rest“ der Monarchie.³ Die ehemals deutschsprachige Minderheit Westungarns wurde zum „Staatsvolk“, die auf dem Gebiet lebenden UngarInnen, KroatInnen, Juden und Jüdinnen sowie die Angehörigen der Roma verblieben als Minderheiten.

¹ Gerhard Baumgartner / Eva Müller / Rainer Münz (Hrsg.), Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland [= Tagungsband der Burgenländischen Forschungsgesellschaft], Eisenstadt 1989.

² Vgl. ausführlicher Michael Floiger, Gibt es ein burgenländisches Landesbewusstsein?, in: Baumgartner / Müller / Münz (Hrsg.), Identität und Lebenswelt, S. 16–23.

³ Rainer Münz, Zwischen Assimilation und Selbstbehauptung. Sprachgruppen und Minderheitenpolitik im Vergleich, in: Baumgartner / Müller / Münz (Hrsg.), Identität und Lebenswelt, S. 23–34, hier 33.

Der Bestand des jüngsten Bundeslandes währte jedoch nicht lange: Am 15. Oktober 1938 wurde das Burgenland aufgelöst und auf die Reichsgaue Niederdonau und Steiermark aufgeteilt. Der Nationalsozialismus markierte im Burgenland also zunächst auch in dieser Hinsicht eine besonders starke Zäsur, als das Land vollständig von der Landkarte verschwand und keine eigene Einheit mehr bildete. Mit dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich wurde desgleichen der „multikulturelle Rest der Monarchie“ beträchtlich dezimiert — der größte Teil der burgenländischen Roma fiel der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer und nur ein Zehntel der vor 1938 ansässigen Romabevölkerung kehrte nach 1945 in seine Heimatdörfer zurück.⁴ Das Leben der ehemals blühenden jüdischen Gemeinden wurde mit einer für das angebliche und gerne beschworene friedliche Miteinander der Vorkriegszeit überraschenden Brutalität ausgelöscht, und von jüdischem Leben im Burgenland zeugen heute nur noch einige Relikte: jüdische Friedhöfe und die eine oder andere Gedenktafel. Für die ungarische und kroatische Minderheit hingegen entwickelte sich die NS-Herrschaft nicht zuletzt aufgrund der außenpolitischen Interessen der nationalsozialistischen Machthaber zu einem komplexen Gemisch aus Kollaboration und Schuldverstrickung, aber auch einem rigiden Anpassungs- und Assimilierungsdruck, der nicht ohne Auswirkungen auf die minderheitenpolitische Situation nach 1945 blieb.⁵ Ungeachtet der massiven Einschnitte auf die ethnische Situation durch den Nationalsozialismus — und das

⁴ Claudia Mayerhofer, Die Zigeuner im Burgenland. Ein historisch-ethnologischer Abriss, in: Baumgartner / Müller / Münz (Hrsg.), Identität und Lebenswelt, S. 87–93, hier 92.

⁵ Siehe auch die Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, insbesondere: Clemens Jabloner et al., Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Wien–München 2003 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 1]; Gerhard Baumgartner / Anton Fennes / Harald Greifeneder / Stefan Schinkovits / Gert Tschögl / Harald Wendelin, „Arisierungen“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigung im Burgenland, Wien–München 2004 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 17/3]; Florian Freund / Gerhard Baumgartner / Harald Greifeneder, Vermögenszug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti, Wien–München 2004 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 23/2]; Vermögenszug bei burgenländischen Kroaten und Ungarn, Wien–München 2004 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 23/4]; Ela Hornung / Ernst Langthaler / Sabine Schweitzer, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft in Niederösterreich und dem nördlichen Burgenland, Wien–München 2004 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 26/3].

scheint heute einer der interessantesten Aspekte des aktuellen burgenländischen Landesverständnisses — blieb der Topos von der „ethnischen und kulturellen Vielfalt“ des Burgenlandes erhalten, ein Narrativ, das gleichsam variantenreiche Erzählungen von einem friedvollen (historischen) Miteinander integriert.⁶ Gegenwärtig stellt sich nicht zuletzt die Frage nach den landesspezifischen, geschichtskulturellen Verarbeitungsformen der nationalsozialistischen Erfahrung. Inwieweit spiegelt sich diese „kulturelle Vielfalt“ und die damit verbundenen differenten Erfahrungen in der materiellen Zeichensetzung nach 1945 und inwieweit entspricht bzw. weicht dieser Befund von den gesamtösterreichischen Tendenzen auch in gedächtnispolitischer Hinsicht ab?

Diesen und anderen Fragen widmet sich derzeit das von der Österreichischen Nationalbank finanzierte Projekt „Erinnerungskultur und Vergangenheitspolitik im Burgenland“⁷, ein Kooperationsprojekt zwischen dem Verein zur Erforschung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen und ihrer Aufarbeitung, dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.⁸ Anknüpfend an die vorangegangenen Projekte „Gedenken und Mahnen“ in der Steiermark, in Niederösterreich und in Wien geht es dabei einerseits um die Erstellung einer Dokumentation der nach 1945 entstandenen Denkmallandschaft im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Ereignisse bzw. der Opfer der Jahre 1934–1945 und den damit verbundenen differenten Opfergruppen, andererseits um die Einbettung der daraus gewonnenen Befunde in eine kulturwissenschaftlich fundierte Analyse der erinnerungspolitischen Strukturen dieses Bundeslandes.

Für das Burgenland läuft dieses Projekt mittlerweile seit dem Frühjahr 2004 und soll im Laufe des Jahres 2006 abgeschlossen werden. Die Frage der Gesamtentwicklung der burgenländischen Gedenkkultur kann daher nur als erster Zwischenbefund gelten, der sicherlich noch in einigen Punkten modifi-

⁶ Dieser Topos wurde freilich bereits von burgenländischen HistorikerInnen kritisch hinterfragt und anhand von lokalgeschichtlichen Untersuchungen auch widerlegt. Vgl. dazu exemplarisch die Beiträge im bereits angeführten Band *Identität und Lebenswelt* oder Herbert Brettl, *Die jüdische Gemeinde von Frauenkirchen*, Halbturn 2003.

⁷ Der vollständige Projekttitle lautet: „Erinnerungskultur und Vergangenheitspolitik im Burgenland. Eine Dokumentation und Analyse der zeitgeschichtlichen Erinnerungszeichen, errichtet im Gedenken an die Opfer des Faschismus und Nationalsozialismus.“

⁸ Projektteam: Heidemarie Uhl (Leitung), Brigitte Straubinger, Susanne Uslu-Pauer, Lisa Rettl.

ziert bzw. ergänzt werden muss. Aus diesem Grund werden hier auch nur die wesentlichsten Charakteristika der burgenländischen Denkmalkultur⁹, wie sie sich bis jetzt präsentiert, gestreift, wobei ein ausführlicheres Augenmerk auf die gedächtnispolitischen Entwicklungen der letzten zehn Jahre gelegt werden soll. Damit wird vor allem eine Zeitspanne fokussiert, die in einigen Aspekten doch signifikant von den Entwicklungen anderer Bundesländer differiert.

Zunächst zu jenen Entwicklungen, die sich mehr oder weniger komplementär zur gesamtösterreichischen Situation vollzogen haben. Hier sind vor allem die parteienspezifischen Ausformungen der Erinnerung an die Opfer von Widerstand und Verfolgung zu nennen, also jener Opfergruppen, die zu den politisch Verfolgten zählten und zum Teil im Rahmen ihrer politischen Überzeugungen aktiven Widerstand leisteten. Entlang der unterschiedlichen ideologischen Positionierungen entwickelten sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit den verschiedenen Parteien nahe stehende Opferverbände, der Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, der KZ-Verband und die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. Der ursprünglich überparteiliche Dachverband „Bund der politisch Verfolgten“ („Österreichischer Bundesverband“) war 1946 gegründet worden, ihm gehörten Vertreter der SPÖ, ÖVP und KPÖ sowie Vertreter der so genannten „Abstammungsverfolgten“ an. Unter dem Eindruck des Kalten Krieges wurde der Bund bereits 1948 wieder aufgelöst und parteinahe Verbände gegründet bzw. aktiviert.¹⁰ Neben Betreuung und praktischen Hilfestellungen für ihre Mitglieder wurden diese Verbände in allen Bundesländern zu den eigentlichen Trägern des Opfer- bzw. Widerstandsgedächtnisses, denen auch das regelmäßige Gedenken bzw. dessen Organisation oblag. Für das Burgenland ist als vorläufiger Befund auffällig, dass zwischen 1945 und 1955 von dieser Seite offenkundig nur wenige Erinnerungszeichen geschaffen werden konnten, die an Widerstand und Verfolgung bzw. an die Leistungen von Einzelpersonen in diesem Kontext

⁹ Die im Folgenden gemachten Angaben, die im Rahmen dieses Textes nicht näher ausgewiesen werden, beziehen sich auf eine Zwischenauswertung einer im Rahmen des Projekts angelegten Datenbank. Die hier gesammelten Inhalte und Daten, die für diesen Zwischenbefund herangezogen werden, können noch nicht als vollständig betrachtet und müssen als Tendenzen gewertet werden. Die Ergebnisse dieser datenbankgestützten Dokumentation werden 2006 publiziert. Sofern es die finanziellen Rahmenbedingungen erlauben, soll auch die Datenbank selbst für eine öffentliche Benutzung adaptiert werden.

¹⁰ Siehe zur Geschichte der Opferverbände u. a.: Brigitte Bailer, Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus, Wien 1993, S. 45–52.

erinnerten. Dies betrifft also jenen Zeitraum, als gemäß der außenpolitischen österreichischen Position mit dem Ziel des Staatsvertrages die Rolle Österreichs als Opfer und Widerstandsnation überbetont wurde und österreichweit, vor allem in Wien, einige Denkmäler bzw. Gedenktafeln errichtet wurden.

Zu den frühesten, noch vorhandenen burgenländischen Gedenkstätten dieser Art¹¹ gehört die Hans-Sylvester-Gedenktafel an dessen Geburtshaus in Nickelsdorf, ein Gedenkprojekt der ÖVP-Kameradschaft für den 1939 in Dachau ermordeten Landeshauptmann (1934–1938), der als Repräsentant des Austrofaschismus und damit als Regimegegner zu den ersten Opfern des Nationalsozialismus gehörte und — ganz im Sinne der ÖVP-Programmatik bzw. der konsensualen österreichischen Proporzgeschichtsschreibung — als ‚Märtyrer des österreichischen Freiheitskampfes‘ angesprochen wurde. Das Anliegen wurde bereits 1953 in Angriff genommen, konnte jedoch erst 1964 anlässlich der Feierlichkeiten zum 25. Todestag realisiert werden.¹² Am 5. April 1981 wurde ein Hans-Sylvester-Gedenkstein mit Bronzestütze in der Landeshauptstadt, in der Nähe des burgenländischen Landhauses, enthüllt.

Erst anlässlich der Feierlichkeiten ‚60 Jahre Burgenland‘ wurde eine für das Land Burgenland repräsentativere Gedenktafel für die NS-Opfer geschaffen, die auf Initiative der KPÖ-Burgenland und auf Antrag der drei Opferverbände (Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, ÖVP-Kameradschaft und KZ-Verband) unter Beteiligung der burgenländischen Landesregierung am 2. September 1981 am Eisenstädter Landhaus enthüllt wurde — als Geste des Dankes und des Stolzes ‚auf jene, die den Grundstein für ein neues Burgenland gelegt haben‘¹³. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die antinazistischen und antifaschistischen Gedächtnisstraditionen dieser Verbände im Burgenland in den ersten 30 Jahren nach dem Krieg kaum materielle Spuren in Form von manifesten Erinnerungszeichen hinterließen und ihre nachhaltige Bedeutung für die burgenländische Erinnerungskultur sich erst entlang der österreichischen Gesamtentwicklungen (Stichworte: Waldheim, Bedenkjahr 1988) entfalten konnte.

¹¹ Vage, mündliche Hinweise auf früher errichtete Erinnerungszeichen seitens des KZ-Verbandes gibt es auch für Oberwart und Eisenstadt, bisher allerdings noch ohne Ergebnis hinsichtlich des Errichtungs- bzw. Entfernungsdatums. Eine Verifizierung dieser Hinweise ist noch ausständig.

¹² Vgl. dazu Bericht in: Der Freiheitskämpfer. Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit, hrsg. v. der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Juni 1953, S. 8.

¹³ Neuer Mahnruf, Oktober 1981, S. 5.

Entlang des stark angewachsenen öffentlichen Interesses am Thema Nationalsozialismus traten die drei Opferverbände im Burgenland nun verstärkt und seit Beginn der 1980er Jahre tendenziell gemeinschaftlich mit Gedenkinitiativen an die Öffentlichkeit. Sie hatten sich in den 1960er Jahren offiziell zur Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände zusammengeschlossen, die bis heute besteht. Wie in anderen Bundesländern wurde auch im Burgenland ein Unabhängiges Antifaschistisches Personenkomitee gegründet. Ausgehend von zentralen Protagonisten wie Stefan Billes, Hans Anthofer, Horst Horvath u. a. wurden in verschiedenen Gemeinden mit unterschiedlichem Erfolg seit 1988 bis ins Jahr 2002 zahlreiche Ansuchen mit dem Ziel gestellt, an die NS-Opfer mittels Gedenktafeln oder Denkmälern zu erinnern. Zu bemerken ist dabei, dass die Initiatoren bei ihren Anträgen nahezu durchgehend eine namentliche Nennung der Opfer anpeilten, ein Anliegen, das in den Gemeinden kaum durchzusetzen war.

Als gedächtnispolitische AkteurInnen des Burgenlandes waren und sind auch die lokalen PädagogInnen von großer Bedeutung, wengleich hier nur zwei Beispiele genannt werden. So führte beispielsweise die Hauptschule Kittsee unter der Leitung von Irmgard Jurkovich bereits im Schuljahr 1981/82 ein Projekt unter dem Titel „Dein jüdischer Nachbar“ durch, in dem sich SchülerInnen kritisch mit der Geschichte der zerstörten jüdischen Gemeinde Kittsee auseinandersetzten. 1988 wurde ebenfalls im Rahmen eines Schulprojektes am Friedhof Kittsee eine erste Gedenkfeier in Erinnerung an die Novemberpogrome des Jahres 1938 abgehalten und im Zuge dessen auch eine Art „Patenschaft“ für den jüdischen Friedhof übernommen. Ein anderes innovatives Schulprojekt wurde 1988 in Krottendorf unter der Leitung von Udo Fellner durchgeführt, in dessen Rahmen SchülerInnen an einem Massengrab jüdischer Zwangsarbeiter ein einfaches Denkmal errichteten, das allerdings einige Jahre später unter noch ungeklärten Umständen verschwand.¹⁴

Wie andernorts auch entstanden Ende der 1980er Jahre im Burgenland verschiedene „Graswurzelbewegungen“ — Initiativen aus der Bevölkerung —, denen die Aufarbeitung der lokalen NS-Geschichte zum zentralen Anliegen wurde — auch die verschiedenen Schulprojekte können in diesem Lichte gesehen werden. Zu den für das Burgenland zweifelsohne

¹⁴ Vgl. dazu Udo Fellner, Bittere Heimatgeschichte. Das Schicksal der jüdischen Zwangsarbeiter in Krottendorf und Kalch, in: Baumgartner / Müller / Münz (Hrsg.), Identität und Lebenswelt, S. 128–132.

nachhaltigsten Initiativen gehört der Verein RE.F.U.G.I.U.S, der seit seinem Gründungsdatum 1991 entscheidende Bildungs- und Aufklärungsarbeit auf diesem Sektor leistet und dem es gelang, trotz der massiven lokalen Widerstände, in Rechnitz eine repräsentative und weit über die Landesgrenze hinaus bekannte Gedenkstätte zur Erinnerung an das hier verübte Massaker an 180 ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern zu schaffen.

Kleinere Denkmäler oder Gedenktafeln in Erinnerung an die im Burgenland heimischen jüdischen Opfer wurden in einigen Orten freilich auch schon zuvor geschaffen (z. B. am jüdischen Friedhof in Mattersburg 1956, Deutschkreutz 1949 am Standort der zerstörten Synagoge, Oberwart 1989), wengleich die Mehrheit der heute vorhandenen Gedenkzeichen, die an Präsenz, Vertreibung und Ermordung der jüdischen Lokalbevölkerung erinnern, erst im Laufe der 1990er Jahre (z. B. Güssing) oder danach entstand. Allerdings konnten sich nicht überall, wo es zur Errichtung eines Gedenkzeichens kam, auch regelmäßige Gedenkfeiern etablieren.

Festzuhalten ist, dass angesichts des Ausmaßes der an der jüdischen Bevölkerung im Burgenland begangenen Verbrechen immer noch verhältnismäßig wenige Erinnerungszeichen errichtet wurden — besonders auffällig ist dies in ehemals großen jüdischen Gemeinden wie Kittsee oder Frauenkirchen, in denen zwar noch Spuren jüdischen Lebens in Form von Friedhöfen bestehen, die Ortschaften selbst jedoch keinerlei Zeichen der Erinnerung aufweisen.

Darüber hinausgehend gibt es im Burgenland an den zahlreich vorhandenen Massengräbern bzw. Todesstätten von mehrheitlich ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern — außer in Rechnitz — kaum Erinnerungszeichen. Schulinitiativen in diesem Zusammenhang, wie jene von Udo Fellner mit der Errichtung eines ephemeren Gedenkzeichens in Krottendorf, blieben ohne Widerhall auf die politischen Gemeinden.

Die in der burgenländischen Denkmallandschaft bis heute am deutlichsten unterrepräsentierte NS-Opfergruppe sind die Angehörigen der Roma. Obwohl sie — neben den Juden und Jüdinnen — die von der NS-Vernichtungspolitik meistbetroffene Ethnie des Burgenlandes sind, erfuhr diese Opfergruppe lange Zeit überhaupt keine öffentliche Repräsentation auf burgenländischen Denkmälern — ein deutliches Indiz für ihre jahrzehntelange marginalisierte und von der Mehrheitsbevölkerung isolierte Lebenssituation, die sich nach wie vor in den lokalen Diskussionen um die Errichtung eines Gedenkzeichens in der Gemeinde Kemeten deutlich widerspiegelt.

Nach ihrer Heimkehr aus den diversen nationalsozialistischen Konzentrationslagern auch weiterhin massiven Diskriminierungen ausgesetzt — im

Alltag wie auf politischer Ebene — ist es kein Zufall, dass erst im Jahr 1984 am ehemaligen Lagerareal in Lackenbach ein erstes Denkmal in Erinnerung an die ermordeten Roma errichtet wurde, gefolgt von einer Erwähnung auf dem Oberwarter Opfer-Denkmal aus dem Jahr 1989. Die Errichtungsdaten dieser beiden (bisher einzigen) Denkmäler fallen dabei mit einem zunehmenden politischen Emanzipierungsprozess der Roma zusammen, der nach jahrzehntelangen Bemühungen letztendlich auch zur späten Anerkennung der Roma als ethnische Minderheit im Jahr 1993 führen sollte. Zwei Jahre später, in jenem Jahr, als die so genannte „Wehrmachtsausstellung“ die österreichische Öffentlichkeit stark polarisierte und der Mythos von der „sauberen Wehrmacht“ auch in breiteren Kreisen erstmals deutliche Risse erhielt, kam es in der Oberwarter Romasiedlung in der Nacht von 4. auf 5. Februar 1995 zum schwersten rassistisch motivierten, politischen Anschlag der Zweiten Republik, der insgesamt vier Todesopfer forderte. Was der Anschlag deutlich gemacht hatte war, dass der latent vorhandene Rassismus plötzlich manifest und in Form von terroristischer Gewaltanwendung zu Tage trat und zwar just in einem Jubiläumsjahr, als sich die Republik — und mit ihr auch die Bundesländer — auf die 50-jährigen Jubiläumsfeierlichkeiten anlässlich des Kriegsendes vorbereiteten. Der Mord stellt eine Zäsur dar — speziell für das vergangenheitspolitische Bewusstsein der gesellschaftlichen und politischen Eliten des Burgenlandes.

Dieser Anschlag, der der österreichischen Öffentlichkeit nicht zuletzt die prekäre und gettoartige Lebenssituation der Oberwarter Roma vor Augen führte, war der Anfangspunkt einer gedächtnispolitischen Entwicklung im Burgenland, die im gesamtösterreichischen Vergleich durchaus als Sonderweg bezeichnet werden kann. Die Initialzündung dafür ging — auch dies eine singuläre Entwicklung in Österreich — zunächst von den burgenländischen Kirchen mit Superintendentin Gertraud Knoll und Bischof Paul Iby an der Spitze aus, wenngleich auch das Land sich zu beeilen schien, eine von den Opferverbänden bereits jahrlang geforderte Gedenktafel am Landhaus zu realisieren. Die Forderung nach namentlicher Nennung der Opfer konnte jedoch auch hier nicht durchgesetzt werden, und die bereits zwei Wochen nach dem Anschlag angebrachten Gedenktafeln markierten einen Kompromiss zwischen den Opferverbänden und den Vorstellungen der burgenländischen Landesregierung.¹⁵

¹⁵ Die beiden Gedenktafeln wurden in einem Festakt am 18. Februar 1995 enthüllt und tragen folgende Inschriften:

Nachhaltiger für den künftigen Weg der Gedenkpolitik dürfte zunächst allerdings das Engagement der Kirchen gewesen sein. In Predigten und Reden wandten sich Knoll und Iby im Kontext des Anschlages nicht nur gegen rassistische Tendenzen der Gegenwart, sondern betonten bei verschiedenen Gelegenheiten vor allem auch die Notwendigkeit der erinnernden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Gertraud Knoll etwa formulierte in diesem Zusammenhang im ökumenischen Festtagsgottesdienst anlässlich der Feierlichkeiten „50 Jahre Wiedererrichtung des Burgenlandes“ am 28. September 1995 im Eisenstädter Dom sehr deutlich:

„Geschichtsbezüge sind notwendig um die Gegenwart erfassen zu können. [...] Wir feiern ein Jubiläum, das alles andere ist als ein ‚schöner runder Geburtstag‘. Zum ständigen sich Entwickeln und Reifen gehört unverzichtbar die Erinnerung daran, wie vernichtend schnell auch alles Andere vorbei sein kann. Hoffnung, Aufbruch, Identität. Alles. Wie verletzbar unser Leben ist. Auch als Gemeinschaft. Als Gesellschaft.“¹⁶

Das Engagement der beiden kirchlichen Würdenträger vollzog sich allerdings nicht nur auf rhetorischer Ebene, sondern mündete — in durchaus selbstreflexiver Form — auch in eine sehr konkrete Initiative.

Zeitgleich zu den burgenländischen Jubiläumsfeierlichkeiten verfassten Iby und Knoll ein Schreiben an „alle BürgermeisterInnen und Damen und Herren der Gemeinderäte im Burgenland“, worin nicht zuletzt diskret auf die Ambivalenz des Gedenkens im Kontext von Kriegerdenkmälern verwiesen wurde:

„In diesen Tagen feiert das Burgenland seine Wiedererrichtung, 50 Jahre nach dem Faschismus. Am 1. November werden auch heuer wieder Gedenkfeiern an Kriegerdenkmälern im ganzen Land stattfin-

1.) GEDENKET DER BURGENLÄNDER, DIE VON 1938–1945 AUS POLITISCHEN, RELIGIÖSEN UND RASSISCHEN GRÜNDEN DEM NAZIREGIME ZUM OPFER GEFALLEN SIND.

2.) SIE ALLE SOLLEN UNS MAHNUNG UND VERPFLICHTUNG SEIN, INTOLERANZ UND RASSENWAHN NIE WIEDER AUFKOMMEN ZU LASSEN. NIEMALS VERGESSEN!

¹⁶ Predigt von Gertraud Knoll beim ökumenischen Festgottesdienst anlässlich „50 Jahre Wiedererrichtung des Burgenlandes“ am 28. September 1995 im Eisenstädter Dom,

den, an denen auch vielerorts Geistliche mitwirken. Es gehört auch zur geistlichen Verantwortung, dass unsere Kirchen beistehen, wo es Schuld zu bekennen, Versöhnung auszusprechen und Friedensarbeit zu leisten gibt. Dabei kann auch Dankbarkeit heilend wirken. [...] Dankbarkeit auch Menschen gegenüber, die dem Geist des Bösen widerstanden und zum guten Beispiel wurden. Franz Jägerstätter. Dietrich Bonhoeffer. Namen, die in die Geschichte eingingen. Doch es gibt auch bis heute Namenlose, die auf keinem Denkmal aufscheinen, derer niemand gedenkt, deren Beispiel untergegangen ist, obwohl sie mitten unter uns gelebt haben. Menschen, die mutig ihr Zeugnis ablegten und mit dem Tod bezahlen mussten. Ihre Namen sind erfasst in der Dokumentation ‚Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945‘. Wir nehmen das heurige Gedenkjahr ‚50-Jahre Wiedererrichtung des Burgenlandes‘ zum Anlass, an diese Zeugen zu erinnern und anzuregen, dass auch ihre Namen unter uns sichtbar werden.“¹⁷

Damit ging erstmals im Burgenland auch von maßgeblichen gesellschaftlichen Kräften eine deutliche Initiative für eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit aus, die bis dahin praktisch ausschließlich von einem kleinen Kreis an AktivistInnen getragen worden war.

Mit dem Engagement von Knoll und Iby erhielten allerdings nicht nur die VertreterInnen der Opferverbände bzw. Vereine wie RE.F.U.G.I.U.S Auftrieb und Unterstützung, sondern diese erste kirchliche Initiative regte auch auf politischer Ebene Ansätze einer veränderten Gedächtnispolitik an. Es ist sicherlich kein Zufall, dass sich eine Bezugnahme auf Knoll und Iby auch in der für das Burgenland wichtigsten erinnerungspolitischen Maßnahme wiederfindet, nämlich im Entschließungsantrag des burgenländischen Landtages vom 20. Juni 2001, zu dem es auf Initiative der grünen Landtagsfraktion (die bereits zuvor die Anliegen der Opferverbände massiv unterstützt hatte) anlässlich der groß angelegten Jubiläumsfeierlichkeiten zum 80-jährigen

DÖW 51372/B1. An dieser Stelle herzlichen Dank an Gertraud Knoll für die Unterstützung bei den Recherchen und für die Zusendung des Predigttextes an das Projektteam ‚Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur im Burgenland‘.

¹⁷ Gemeinsames Schreiben von Paul Iby und Gertraud Knoll an alle BürgermeisterInnen und Mitglieder der Gemeinderäte im Burgenland, datiert mit 27. September 1995, Archiv der Superintendentur in Eisenstadt und DÖW 51372/B1 (Kopie). Auch dieser Institution ist herzlicher Dank für die freundliche Kooperation bei den Recherchen auszusprechen.

Bestehen des Burgenlandes kam. Damit wurde an den burgenländischen Landtag der Antrag gerichtet, dass die burgenländische Landesregierung verstärkt die Errichtung von Gedenktafeln und Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus und für Widerstandskämpfer unterstützen möge.¹⁸

Am 13. Juli 2001 folgte der burgenländische Landtag dem gemeinsamen und parteienübergreifenden Antrag von Joško Vlasich, Norbert Darabos, Stefan Salzl u. a. und kam zu folgendem Beschluss:

„Der burgenländische Landtag gedenkt anlässlich des 80-Jahr-Jubiläums des Burgenlandes der Opfer des Nationalsozialismus und aller Widerstandskämpfer, die im Kampf für Demokratie und Freiheit ihr Leben verloren haben, und ersucht die burgenländische Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass in den Heimatgemeinden der Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus Gedenkstätten bzw. -tafeln errichtet werden.“¹⁹

Desgleichen wurde in dieser Sitzung von Joško Vlasich auch darauf verwiesen, dass sich die Entschließung des Landtages nicht zuletzt an die politischen Gemeinden richten würde, an jene, „in denen Widerstandskämpfer wie auch Opfer des Nationalsozialismus gelebt haben“²⁰.

Bemerkenswert an dieser politischen Willensäußerung erscheint zunächst die parteienübergreifende Eintracht, mit der dem Entschließungsantrag nachgekommen wurde, wenngleich der endgültigen Entschließung noch ein nicht angenommener Abänderungsvorschlag seitens der ÖVP vorangegangen war. In der Landtagssitzung im Juli 2001 ließ jedoch sogar die damals noch geeinte FPÖ unter clubeigenem Beifall verlautbaren: „Selbstverständlich [sic!] werden wir Freiheitlichen uns der Entschließung betreffend die Errichtung von Gedenktafeln anschließen“²¹. Es sprach für die FPÖ einiges dafür, den

¹⁸ Vgl. dazu den von Joško Vlasich initiierten und von allen im Landtag vertretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne) unterzeichneten Entschließungsantrag vom 20. Juni 2001, wo expressis verbis auf Knolls und Ibys Initiative von 1995 Bezug genommen wurde. Für die Hilfe bei der vollständigen aktenmäßigen Rekonstruktion der Entwicklungen danke ich den burgenländischen Grünen, insbesondere Ldtabg. Joško Vlasich und Alexandra Fischbach. Kopien der diversen Unterlagen aus den Beständen des Grünen Landtagsclubs werden nach Projektabschluss im DÖW zugänglich sein.

¹⁹ Zit. nach Entschließungsantrag, Beilage 135 zu den stenographischen Protokollen des Burgenländischen Landtages vom 13. Juli 2001.

²⁰ Stenographische Protokolle des Burgenländischen Landtages vom 13. Juli 2001, S. 1287.

²¹ Ebenda, S. 1288.

Entschließungsantrag mitzutragen. Immerhin stand man noch ein wenig unter dem Eindruck des so genannten EU-Weisenberichtes und die Thematisierung von Rassismus im Burgenland hätte möglicherweise auch politisch ungünstige Erinnerungen an die mit Oberwart assoziierten Verbal-Entgleisungen des Kärntner Landeshauptmannes (und damaligen Bundesparteiobmanns der FPÖ) erweckt.

Der Landtagsbeschluss mündete, wiederum auf Initiative der Grünen, in ein Schreiben an alle burgenländischen BürgermeisterInnen, denen darin der Landtagsbeschluss mitgeteilt wurde, verbunden mit der Aufforderung, den „Landtag bei seinen Bemühungen zu unterstützen und gegebenenfalls in Ihrer Gemeinde einen entsprechenden Beitrag im Sinne des Landtagsbeschlusses zu leisten“²².

Der reale Erfolg dieser Maßnahme, gemessen an de facto errichteten Gedenktafeln, darf bis heute als äußerst bescheiden bezeichnet werden. Auch in der Folge stießen Gedenkinitiativen seitens der verschiedenen gedächtnispolitischen AkteurInnen des Burgenlandes auf zahlreiche Hindernisse, wurden verzögert oder gar nicht realisiert. Eben so wenig wird in der unmittelbaren Folgezeit erkennbar, dass es zu nennenswerten Initiativen seitens der BürgermeisterInnen der jeweiligen Gemeinden gekommen wäre. Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Beschluss zumindest eine verbesserte und neue Grundlage für die Gedenkaktivitäten der Opferverbände bzw. der verschiedenen Vereine darstellte, die sich seit dem Jahr 2001 immerhin auch auf eine breite offizielle, politische Willenserklärung des burgenländischen Landtages stützen können.

Obwohl von diesem Beschluss trotz allem einige Impulse für verschiedenste kulturelle Projekte ausgingen²³, blieb die Bilanz des Beschlusses von 2001 bisher eher „ernüchternd [...] und beschämend zugleich“, wie Joško

²² Schreiben des burgenländischen Landtagspräsidenten Walter Prior an die BürgermeisterInnen des Burgenlandes, versendet im November 2001. Ein Musterexemplar dieses Schreibens wurde dem Projektteam freundlicherweise vom Büro des burgenländischen Landtagspräsidenten zur Verfügung gestellt und wird nach Projektabschluss im DÖW zugänglich sein. Dieses Schreiben basiert im Wortlaut auf dem Text-Entwurf, den die Grünen ausgearbeitet hatten und dem Landtagspräsidenten mit dem Ziel vorlegten, erste Schritte in Richtung Realisierung des Landtagsbeschlusses zu setzen. (Vgl. Entwurf vom 16. November 2001 aus den Beständen des grünen Landtagclubs in Eisenstadt.)

²³ Vgl. dazu insbesondere die im Burgenland herausragenden Veranstaltungen und Aktivitäten des OHO (Offenes Haus Oberwart).

Vlasich vor dem Hintergrund des Jubiläumsjahres 2005 auf der Landtags-sitzung am 30. Juni 2005 kritisierte und insbesondere erst jüngst gescheiterte Gedenkinitiativen und besonders signifikante Beispiele für die Abwehrhaltung der Gemeinden anführte, darunter Bernstein, Gols, Lockenhaus und Kemeten.²⁴

Im Zuge dieser Diskussion beschäftigte sich der burgenländische Landtag wiederum mit dem Beschluss von 2001, der letztendlich in einer erweiterten Fassung erneut einstimmig angenommen wurde. Der wesentlichste inhaltliche Unterschied zur ersten Beschlussfassung von 2001 manifestiert sich in einem hinzugekommenen Passus, der unter Bildung einer „Projektgruppe“ bei gleichzeitiger Hinzuziehung der verschiedensten NGO-VertreterInnen „Vorschläge hinsichtlich einer landesweiten Gedenkstätte und zur Bewusstseinsarbeit in den betroffenen Gemeinden zwecks besseren Verständnisses für die historischen Ereignisse und daraus resultierende Maßnahmen erarbeiten soll“²⁵.

Dieser Beschluss, dessen konkrete Umsetzung — etwa die Zusammensetzung und Vorgangsweise der noch einzusetzenden Projektgruppe sowie deren Arbeitsergebnisse — abzuwarten bleibt, markiert den derzeitigen Status Quo der offiziellen burgenländischen Gedenkpolitik. Ebenso abzuwarten bleiben die Reaktionen der Gemeinden und der längerfristige Verlauf der politischen, burgenländischen Diskussionen, die gerade im Zusammenhang mit dem Beschluss von 2005 besondere Aktualität und daher mediale Aufmerksamkeit erfahren. Wie groß jedoch die gesellschaftlichen Widerstände (abseits der politischen Eliten) gegen eine adäquate Form des Erinnerns der NS-Opfer immer noch sind, zeigt sich allerdings in ernüchternder Weise bei verschiedenen und nach wie vor laufenden Gedenkprojekten, als dessen signifikanteste Beispiele Kemeten oder Gols hervorstechen.

So wurde in Kemeten, wo die Diskussion um eine Gedenktafel für die 200 ermordeten Roma der Gemeinde im November 2005 erneut aufgeflammt ist²⁶, der Antrag zur Errichtung einer Gedenktafel bereits in zwei Ge-

²⁴ Vgl. Stenographische Protokolle des Burgenländischen Landtages vom 30. Juni 2005, S. 8476.

²⁵ Zit. nach Entschliebung Nr. 18–694 vom 30. Juni 2005, Beilage zu den stenographischen Protokollen des Burgenländischen Landtages vom 30. Juni 2005.

²⁶ Vgl. dazu etwa auch die mediale Berichterstattung, insbesondere aber auch die aufschlussreiche Online-Diskussion mit zahlreichen Kommentaren und Meinungsäußerungen zum Thema auf der burgenländischen ORF-Homepage über die Errichtung einer Gedenktafel in Kemeten. <http://burgenland.orf.at/stories/70175/> (Download: 17. November 2005).

meinderatssitzungen abgelehnt. Die Gemeinde und mit ihr der Bürgermeister berufen sich auf eine demokratische Entscheidungsfindung und legen Wert auf die Feststellung, dass es „auf Grund von vielen Gesprächen mit den Einwohnern von Kemetten, nicht erwünscht ist, in Kemetten eine Gedenktafel für die Roma aufzustellen“²⁷. In Gols hingegen, das während der NS-Herrschaft eine wichtige Zelle des burgenländischen Widerstandskampfes darstellte²⁸, ließ sich bisher trotz mehrerer Antragstellungen — der erste Antrag des Antifaschistischen Personenkomitees stammt aus dem Jahr 1989 — und trotz Unterstützung durch die Presse²⁹ noch keine Gedenktafel für die sieben lokalen Opfer³⁰ des Widerstandes realisieren. Dabei steht zu vermuten, dass gerade diese Ortschaften längerfristig eine Art Gradmesser darstellen werden, inwieweit der 2001 eingeleitete politische Diskurs auch einen breiten und längerfristigen Transformationsprozess im Bewusstsein der LandesbürgerInnen auslösen wird.

²⁷ Antwortschreiben (E-Mail) der Gemeinde an Lisa Rettl vom 1. Dezember 2005, DÖW 51372/B1.

²⁸ Vgl. dazu Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945. Eine Dokumentation, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1983, S. 168, 190 ff.

²⁹ Vgl. exemplarisch den Artikel von Peter Wagner, „Denkmalpflege im Ortsgebiet“, in: Der Standard, 30. 4. / 1. 5. 2005.

³⁰ Heinrich Andreas, Karner Johann, Steiner Mathias, Wurm Georg jun., Wurm Georg sen., Wurm Gregor, Frühwirt Johann.